

Bach, Stefan; Grabka, Markus M.

Article

Parteianhänger: Wohlhabende neigen zu Union und FDP - und zu den Grünen

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Bach, Stefan; Grabka, Markus M. (2013) : Parteianhänger: Wohlhabende neigen zu Union und FDP - und zu den Grünen, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 80, Iss. 37, pp. 11-18

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/81553>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Parteianhänger: Wohlhabende neigen zu Union und FDP – und zu den Grünen

Von Stefan Bach und Markus M. Grabka

Mit den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) kann der statistische Zusammenhang zwischen der Neigung von Personen zu politischen Parteien sowie deren Einkommen und Vermögen untersucht werden. Dabei zeigt sich, dass Besserverdiener und Wohlhabende zur Union und zur FDP neigen, aber auch überdurchschnittlich zu den Grünen. Ein umgekehrtes Bild ergibt sich für die SPD und vor allem für die Linke. Je geringer die Einkommen und Vermögen ausfallen, desto ausgeprägter ist die Anhängerschaft für diese beiden Parteien.

Steuer- und finanzpolitische Vorschläge der Parteien stehen im aktuellen Bundestagswahlkampf im Mittelpunkt und weisen große Unterschiede auf. Die bürgerlichen Parteien lehnen Steuererhöhungen für Wohlhabende ab, während die Parteien des linken politischen Spektrums sie fordern. Eine Sonderstellung nehmen Bündnis90/Die Grünen ein. Deren Steuerpläne würden auch einen nennenswerten Teil der eigenen Anhängerschaft treffen. Von den vorliegenden Reichensteuer-Plänen der Oppositionsparteien werden allerdings insgesamt nur die wohlhabendsten fünf Prozent der Bevölkerung nennenswert belastet.

Fragen der Einkommens- und Vermögensverteilung sowie der Steuerlastverteilung haben in den politischen Diskussionen der vergangenen Jahre deutlich an Bedeutung gewonnen. Hintergründe dafür sind vor allem die gestiegene Ungleichheit bei den Einkommen und Vermögen sowie die steuerlichen Entlastungen für höhere Einkommen und Vermögen in den letzten 15 Jahren.¹

Im aktuellen Bundestagswahlkampf spielen – neben weiteren wichtigen Themen wie der Bildungs- oder Gesundheitspolitik – die steuer- und finanzpolitischen Vorhaben eine prominente Rolle. Die Oppositionsparteien schlagen höhere Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen vor, um mit dem Mehraufkommen öffentliche Leistungen auszubauen.² Die Regierungsparteien lehnen Steuererhöhungen mit Verweis auf die gute Haushaltslage ab. Die FDP schlägt dagegen vor, den Solidaritätszuschlag mittelfristig abzuschaffen. Wahlforscher führen die Schwäche der rot-grünen Opposition bei den aktuellen Umfragen nicht zuletzt auf die Diskussion um deren Pläne für Steuererhöhungen zurück.³

Klassische Ansätze zur Erklärung von Parteineigung und Wahlverhalten bauen auf der Idee auf, dass Parteien sozialstrukturell definierte Gruppen wie Berufsgruppen oder Klassen repräsentieren und Parteianhänger oder Wähler die Parteien entsprechend ihrer Gruppenzuge-

¹ Grabka, M. M., Goebel, J., Schupp, J. (2012): Höhepunkt der Einkommensungleichheit in Deutschland überschritten? DIW Wochenbericht Nr. 43/2012; Bach, S. (2013): Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11/2013; Anselmann, C., Krämer, H. M. (2012): Completing the Bathub? The Development of Top Incomes in Germany, 1907-2007. SOEPpaper Nr. 451, DIW Berlin.

² Vgl. zum Folgenden die Wahlprogramme der Parteien sowie die Übersichten in: iw-dienst Nr. 8, 21. Februar 2013, 4; Institut der deutschen Wirtschaft Köln (2013): Die Programme zur Bundestagswahl 2013 von SPD, Bündnis90/Die Grünen, Die LINKE, FDP und CDU/CSU. Köln, 10. Juli 2013.

³ Vgl. FAZ vom 19. Juni 2013, 8; FAS vom 4. August 2013, 21. Vgl. auch die intensive Medienresonanz zu den Steuerplänen der Grünen im April 2013, zum Beispiel Der Spiegel, 15/2013, 28.

hörigkeit unterstützen.⁴ Aus politik-ökonomischer Perspektive ist die Steuerpolitik von besonderem Interesse, da sie gleichermaßen laufend die wirtschaftlichen Ressourcen umverteilt als auch die wirtschaftliche Entwicklung beeinflusst. Parteien versuchen tendenziell, ihre Anhänger nicht durch zu hohe Belastungen zu verprellen beziehungsweise durch öffentliche Leistungen an sich zu binden, aber auch neue Wählerschichten zu mobilisieren.⁵ Neben den unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen spielen auch grundlegende weltanschauliche Vorstellungen, Präferenzen und Werte für die Parteineigung eine Rolle.

Im Deutschen Bundestag sind fünf politische Parteien etabliert, die unterschiedliche soziale Gruppen repräsentieren. Insofern ist der Gedanke naheliegend, dass auch die Einkommens- und Vermögenspositionen der Bürger für Parteineigung und Wahlentscheidung eine Rolle spielen, da Einkommen und Vermögen mit diesen Gruppenzugehörigkeiten korrelieren. Umgekehrt dürften auch die Parteien ihre Politik an den Interessen ihrer Zielgruppen ausrichten. Generell lassen die hier vorgestellten Analysen aber keine kausalen Aussagen zu, weder in die eine noch in die andere Richtung.

Vor diesem Hintergrund wird hier untersucht, wie sich die Parteineigung der Einkommens- und Vermögensgruppen unterscheidet. Datengrundlage ist das Sozio-oekonomische Panel (SOEP).⁶ In dieser jährlichen Wiederholungsbefragung, die von TNS Infratest Sozialforschung im Auftrag des DIW Berlin durchgeführt wird, werden die Teilnehmer auch nach ihren Parteipräferenzen gefragt (Kasten). Die große Fallzahl der Stichprobe sowie die detaillierte Erfassung des Haushaltseinkommens erlauben eine Auswertung bis zum reichsten einen Prozent der Bevölkerung. Ferner wird im SOEP in regelmäßigen Abständen das Vermögen der Teilnehmer erhoben. Aufbereitete Daten zum Vermögen liegen derzeit zwar nur für das Jahr 2007 vor; aber mit signifikanten Veränderungen im Hinblick auf den hier untersuchten Zusammenhang ist nach diesem Stichjahr nicht zu rechnen.

⁴ Vgl. Lazarsfeld, P.F., Berelson, B.R., Gaudet, H. (1944): *The People's Choice: How the Voter Makes up his Mind in a Presidential Campaign*. New York, 1-28; Lipset, S. M., Rokkan, S. (1967): *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction*. In: Dies. (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*. New York, 1-64.

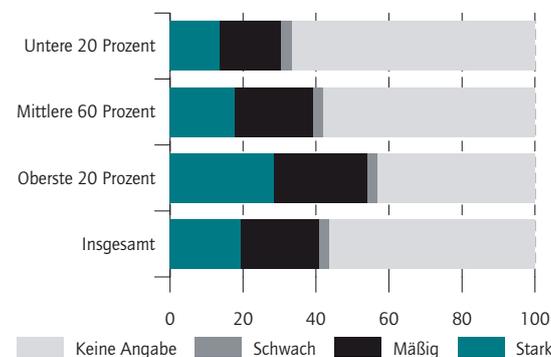
⁵ Vgl. dazu Mueller, D. C. (2003): *Public Choice III*. Cambridge; sowie Mueller, D. C. (1996): *Perspectives on Public Choice: A Handbook*. Cambridge.

⁶ Das SOEP ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 in Ostdeutschland jährlich durchgeführt wird; vgl. Wagner, G. G. et al. (2008): *Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland - Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender)*. *ASTA Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Archiv* 2 (4), 301-328.

Abbildung 1

Intensität der Parteipräferenz nach Höhe des Haushaltsnettoeinkommens¹ 2009 bis 2011

In Prozent



¹ Haushaltsnettoeinkommen äquivalenzgewichtet mit neuer OECD Skala. Personen ab 18 Jahre.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel SOEPv28.1; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Parteipräferenzen sind bei hohen Einkommen ausgeprägter.

Die Parteibindung, wie sie im SOEP erfragt wird, ist nicht gleichzusetzen mit der aktuellen Wahlabsicht, die in den laufenden Umfragen der Wahlforscher erhoben wird (Sonntagsfrage). Die Parteibindung repräsentiert eine tiefergehende Neigung zu einer Partei und nicht die aktuelle Stimmung. Von allen wahlberechtigten Befragten im SOEP (ohne Befragte unter 18 Jahre und mit nicht deutscher Staatsbürgerschaft) machen lediglich 46 Prozent Angaben über eine konkrete Parteibindung⁷ (Abbildung 1). Dabei zeigt sich, dass die Parteineigung deutlich vom Einkommen abhängt.

Bei der Bundestagswahl 2009 lag die Wahlbeteiligung bei gut 70 Prozent, bei früheren Bundestagswahlen war sie noch deutlich höher. Zwar dürften Parteipräferenz sowie Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung längerfristig eng miteinander verbunden sein. Bei aktuellen Wahlentscheidungen kann sich die tatsächliche Wählerschaft einer Partei aber strukturell von den Anhängern einer Partei unterscheiden. Die sogenannten Leihstimmen für die FDP sind dafür ein Musterbeispiel. Diese Zusammenhänge müssen hier vernachlässigt werden. Die folgenden Aussagen beziehen sich ausschließlich auf die beobachteten Parteianhänger, nicht auf die gesamte Wählerschaft.

⁷ Zu einer detaillierten Analyse der Entwicklung der Parteidentifikation auf Basis des SOEP siehe Kohler, U. (2002): *Der demokratische Klassenkampf - Zum Zusammenhang von Sozialstruktur und Parteipräferenz*. Frankfurt am Main, New York.

Kasten

Messung von Parteibindung, Einkommen und Vermögen im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP)

Die verwendeten Informationen zur Parteipräferenz im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) basieren auf dem Konzept der langfristigen Parteibindung. Diese ist zu unterscheiden von der tatsächlichen Wahlentscheidung oder der sogenannten Sonntagsfrage, mit der bei Umfragen versucht wird, die aktuelle Wahlabsicht zu erfassen und damit die aktuelle Stimmungslage zu beschreiben. Die Parteibindung gibt stattdessen eher stabile Neigungen bezüglich der Anhängerschaft von Parteien wieder.¹

Die langfristige Parteibindung wird im SOEP mit der folgenden Frage erfasst: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie einer bestimmten Partei in Deutschland zu?“ Wenn die Befragten dieses bejahen, wird im Anschluss gefragt, welcher Partei die Befragten zuneigen. Da Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft nicht für die Bundestagswahl wahlberechtigt sind, basieren sämtliche im Bericht präsentierten Analysen auf Erwachsenen (ab 18 Jahren) mit deutscher Staatsbürgerschaft.

Die Einkommenssituation der Befragten wird auf Grundlage der bedarfsgewichteten verfügbaren Haushaltseinkommen beschrieben. Diese setzen sich sowohl aus allen am Markt erzielten Einkommen wie Erwerbs- und Kapitaleinkünften zusammen zuzüglich der empfangenen staatlichen Transfers wie Kindergeld oder Arbeitslosengeld, als auch den Einkommen aus Alterssicherungssystemen wie der Gesetzlichen Rentenversicherung. Abgezogen werden die Sozialabgaben und direkten Steuern. Neben diesen monetären Einkommenskomponenten wird auch der fiktive Mietwert des selbstgenutzten Wohneigentums herangezogen. Um Skalenvorteile des Zusammen-

lebens mehrerer Personen in einem Haushalt zu berücksichtigen, werden sogenannte bedarfsgewichtete Einkommen verwendet. Dabei wird die modifizierte OECD-Äquivalenzskala unterstellt, wobei der Haushaltsvorstand ein Gewicht von 1, Kinder bis zum 14. Lebensjahr ein Gewicht von 0,3 und alle weitere Personen im Haushalt ein Gewicht von 0,5 erhalten.

Das Vermögen der Privathaushalte setzt sich aus folgenden Komponenten zusammen: Sachvermögen in Form von Grundeigentum im In- und Ausland und dem Gebrauchsvermögen. Zu letzterem zählen auch Gold, Schmuck oder wertvolle Sammlungen. Neben dem Sachvermögen speist sich das Vermögen der Privathaushalte auch aus dem Geldvermögen und dem Betriebsvermögen. Um das verteilungsrelevante Nettovermögen zu erhalten, sind von diesem Bruttovermögen alle Verbindlichkeiten wie Hypotheken oder Konsumentenkredite abzuziehen. Im SOEP sind folgende Vermögenskomponenten nicht enthalten: der Wert des Hausrats und von Fahrzeugen sowie von Anwartschaften an die Alterssicherungssysteme.² Im Gegensatz zu herkömmlichen Vermögensbefragungen, bei denen die Vermögenswerte auf der Haushaltsebene erfasst werden, wird im SOEP jede erwachsene Person nach ihrem Vermögen befragt. Das heißt, es werden hier individuelle Nettovermögen ausgewiesen.³

Die Einkommens- und Vermögensposition der Parteianhänger, insbesondere die Einstufung nach Quantilen, bezieht sich auf die gesamte in Deutschland lebende Bevölkerung, einschließlich der Ausländer und der Personen unter 18 Jahren.

¹ Vergleiche zur Parteienbindung auch Kroh, M., Schupp, J. (2011): Bündnis90/Die Grünen auf dem Weg zur Volkspartei? Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 12/2011.

² Zum Umfang und der Verteilungswirkung der Anwartschaften an die Alterssicherungssysteme vergleiche Frick, J.R., Grabka, M.M. (2010): Alterssicherungsvermögen dämpft Ungleichheit – aber große Vermögenskonzentration bleibt bestehen. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 3/2010.

³ Für weitere Informationen zur Vermögensmessung im SOEP siehe Frick, J.R., Grabka, M.M. (2009): Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 4/2009.

Parteibindung nach Einkommen: starker Zusammenhang bei FDP, SPD und Die Linke

Aufbereitete Ergebnisse des SOEP stehen zurzeit bis zur Erhebung des Jahres 2011 zur Verfügung (SOEP-Version v28.1). Daher kann hier der Zusammenhang zwischen Parteibindung und Einkommen nur bis zu diesem Jahr analysiert werden. Im Vergleich zu den Ergebnissen für die Jahre davor sowie zu den Trends bei der aktuellen Sonntagsfrage zeigen sich bei der Partei-

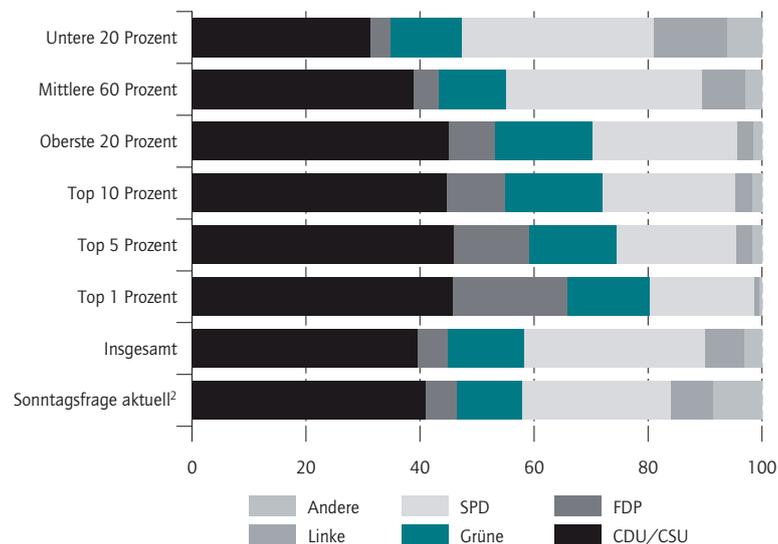
neigung im SOEP 2011 höhere Anteile bei den Grünen, aber auch bei der SPD. Und bei der Sonntagsfrage Mitte 2011 lagen vor allem die Grünen mit Stimmanteilen über 20 Prozent deutlich höher als heute.

Um den Einfluss der damaligen politischen Stimmungsausschläge (Fukushima, Atomausstieg) zu verringern und die Zahl der Beobachtungen zu erhöhen, kumulieren wir die SOEP-Wellen 2009 bis 2011 und analysieren sie nach der Höhe des äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommens (Abbildung 2, Tabelle 1). Die Er-

Abbildung 2

Parteibindung nach Höhe des Haushaltsnettoeinkommens¹ 2009 bis 2011

In Prozent



¹ Haushaltsnettoeinkommen äquivalenzgewichtet mit neuer OECD Skala. Personen ab 18 Jahre mit deutscher Nationalität.

² Durchschnitt zwischen Infratest dimap und Forschungsgruppe Wahlen, Ende August 2013.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel SOEPv28.1; Infratest dimap; Forschungsgruppe Wahlen; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Bei den hohen Einkommen ist die Parteibindung an die Union und die FDP am höchsten.

gebnisse der Analyse zeigen also die durchschnittliche Parteineigung in diesem Zeitraum. Sie passen recht gut zu den aktuellen Ergebnissen der Sonntagsfrage, wobei für diese und die folgenden Analysen der große Block der Menschen ohne feste Parteineigung aus den Analysen ausgeschlossen wird. Während die Unionsparteien und die Linke in der aktuellen Sonntagsfrage (Ende August 2013) etwas besser abschneiden als bei der Parteibindung der Jahre 2009 bis 2011, bleibt die SPD bei der aktuellen Sonntagsfrage mit fast sechs Prozentpunkten deutlich darunter. Auch die Grünen bewegen sich in der aktuellen Sonntagsfrage unter der Parteibindung der letzten Jahre. Die FDP liegt in der aktuellen Sonntagsfrage in etwa auf dem Niveau der Parteibindung. Für die anderen Parteien ergeben sich bei der aktuellen Sonntagsfrage deutlich niedrigere Werte als bei der Parteibindung.

Vergleicht man die Anteile der Parteien über die Einkommensklassen, so zeigt sich, dass mit zunehmenden Einkommen die Befragten immer stärker den bürgerlichen Parteien zuneigen. Im untersten Einkommensquintil bekennen sich nur gut 30 Prozent der Befragten, die eine Parteineigung angeben, zu den Unionsparteien, während es im obersten Quintil 45 Prozent sind.

Innerhalb des obersten Dezils steigt der Anteil zugunsten der Unionsparteien nicht mehr.

Die FDP ist nach den vorliegenden Analysen in der Tat die Partei von Besserverdienern. Ihre Anhängerschaft steigt mit zunehmendem Einkommen kontinuierlich. Während von allen Befragten mit Parteipräferenz gut fünf Prozent zur FDP neigen, steigt die Anhängerschaft auf zehn Prozent im obersten Dezil und auf 20 Prozent bei dem obersten einen Prozent. Union und FDP haben im obersten Dezil mit 55 Prozent eine klare Mehrheit bei der Parteibindung. Im obersten Prozent haben sie sogar eine Zwei-Drittel-Mehrheit.

Ein umgekehrtes Bild zeigt sich bei der SPD und noch ausgeprägter bei der Linke. Der Anteil der SPD-Anhänger geht von 34 Prozent im untersten Einkommensquintil auf 25 Prozent im obersten Quintil der Bevölkerung mit Parteipräferenz zurück. Innerhalb des obersten Dezils sinkt der Anteil aber nicht mehr stark. Auch im obersten einen Prozent der Bevölkerung neigen noch etwa 18 Prozent der Menschen mit Parteipräferenz der SPD zu. Bei der Linkspartei geht der Anteil der Anhänger dagegen mit zunehmendem Einkommen sehr stark zurück. Im obersten Quintil der Bevölkerung mit Parteineigung sind es nur knapp drei Prozent, gegenüber 13 Prozent im untersten Quintil. Dies hängt auch damit zusammen, dass die Linke deutlich stärker als die anderen Parteien ihre Anhänger in den neuen Ländern hat, wo die Einkommen niedriger sind als im Westen.⁸

Die Grünen können im obersten Einkommensquintil der Parteianhänger mit 17 Prozent einen deutlich höheren Anteil bei der Anhängerschaft auf sich vereinigen als in den mittleren und unteren Einkommensgruppen (jeweils zwölf Prozent). Insoweit ergibt sich für die Grünen ein ähnlicher Zusammenhang zwischen Parteibindung und Einkommen wie bei den bürgerlichen Parteien. Allerdings sinkt ihr Anteil innerhalb des obersten Einkommensdezils wieder. Dieser Effekt ist allerdings nicht signifikant auf dem Fünf-Prozent-Niveau.

Reichensteuerpläne belasten die einkommensstärksten fünf Prozent

Die aktuellen Vorschläge der Oppositionsparteien zur Reform des Einkommensteuertarifs sehen höhere Steuersätze im oberen Einkommensbereich vor. Der Spitzensteuersatz soll von 45 auf 49 Prozent (SPD und Grüne) beziehungsweise 53 Prozent (Die Linke) steigen und bei deutlich niedrigeren Einkommen einsetzen als zurzeit (je nach Vorschlägen zwischen 60 000

⁸ Kroh, M., Siedler, T. (2008): Die Anhänger der „Linken“: Rückhalt quer durch alle Einkommenschichten. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 41/2008.

Tabelle 1

Parteibindung nach Höhe des Haushaltsnettoeinkommens 2009 bis 2011

Einkommensgruppe ¹	CDU/CSU	FDP	Grüne	SPD	Linke	Andere	Insgesamt
Anteile in Prozent							
Untere 20 Prozent	31,4	3,4	12,5	33,7	12,9	6,0	100,0
Mittlere 60 Prozent	38,9	4,4	11,8	34,4	7,5	3,0	100,0
Oberste 20 Prozent	45,0	8,1	17,2	25,4	2,8	1,5	100,0
Top 10 Prozent	44,8	10,1	17,1	23,4	2,9	1,7	100,0
Top 5 Prozent	46,0	13,1	15,3	21,1	2,8	1,6	100,0
Top 1 Prozent	45,9	20,1	14,3	18,4	0,8	0,5	100,0
Insgesamt	39,6	5,3	13,5	31,7	6,9	3,0	100,0
<i>Nachrichtlich:</i>							
Sonntagsfrage aktuell ²	41,0	5,5	11,5	26,0	7,5	8,5	100,0
Standardfehler							
Untere 20 Prozent	0,9	0,4	0,7	0,9	0,7	0,5	-
Mittlere 60 Prozent	0,4	0,2	0,3	0,4	0,2	0,2	-
Oberste 20 Prozent	0,6	0,3	0,4	0,5	0,2	0,1	-
Top 10 Prozent	0,7	0,4	0,5	0,6	0,2	0,2	-
Top 5 Prozent	0,9	0,6	0,7	0,8	0,3	0,2	-
Top 1 Prozent	2,0	1,6	1,4	1,6	0,4	0,3	-
Insgesamt	0,3	0,2	0,2	0,3	0,2	0,1	-

1 Haushaltsnettoeinkommen äquivalenzgewichtet mit neuer OECD-Skala. Personen ab 18 Jahre mit deutscher Nationalität.
 2 Durchschnitt zwischen Infratest dimap und Forschungsgruppe Wahlen, Ende August 2013.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel SOEPv28.1; Infratest dimap; Forschungsgruppe Wahlen; Berechnungen des DIW Berlin.

Die Parteibindung an die SPD und vor allem an die Linke nimmt mit steigenden Einkommen stark ab.

und 100 000 Euro steuerpflichtiges Jahreseinkommen). Auch bei niedrigeren Einkommen, für die bisher der Steuersatz von 42 Prozent gilt (ab 53 000 Euro steuerpflichtiges Jahreseinkommen) sollen die Steuersätze steigen. Analysen des DIW Berlin zeigen, dass damit die obersten fünf Prozent der Bevölkerung in nennenswertem Umfang zusätzlich belastet würden.⁹

Angesichts dieser potentiellen Belastungen korreliert die Ablehnung von Reichensteuern durch FDP und Union mit den aufgezeigten Zusammenhängen zwischen Parteineigung und Einkommen.¹⁰ Aber auch die Grünen, die sich Reichensteuer-Erhöhungen auf ihre Fahnen geschrieben haben, sind mit ihren Anhängern in den obersten fünf Prozent der Einkommenshierarchie noch recht stark vertreten. SPD und vor allem die Linke haben dagegen nur wenige Anhänger bei den potentiell Betroffenen. Von allen FDP-Anhän-

gern wären rund 20 Prozent von den rot-grünen Plänen für Steuererhöhungen auf hohe Einkommen betroffen, bei der Union und bei den Grünen wären es knapp zehn Prozent.

Wie Analysen zeigen, sind die zumeist gut ausgebildeten Anhänger der Grünen in den letzten Jahrzehnten in viele Bereiche mit höheren Einkommen vorgedrungen.¹¹ Sie sind relativ häufig im öffentlichen Dienst beschäftigt oder arbeiten als Angestellte in staatsnahen Bereichen, etwa in der Wissenschaft, im Sozialbereich oder als Selbständige in den freien Berufen (Rechtsanwälte, Steuerberater etc.). Insofern haben auch die Besserverdiener unter den Anhängern der Grünen eher ein Interesse an leistungsfähigen Staatsfinanzen und höheren öffentlichen Ausgaben, zum Beispiel für Bildung und Kinderbetreuung. Daher könnten sie eher bereit sein, höhere Steuerbelastungen zu akzeptieren.

Auch grundlegendere weltanschauliche Vorstellungen zur Verteilungs- und Steuergerechtigkeit oder Einschätzungen zu den Wirkungen der Besteuerung könnten eine Rolle spielen. So dürften unter den Anhängern der

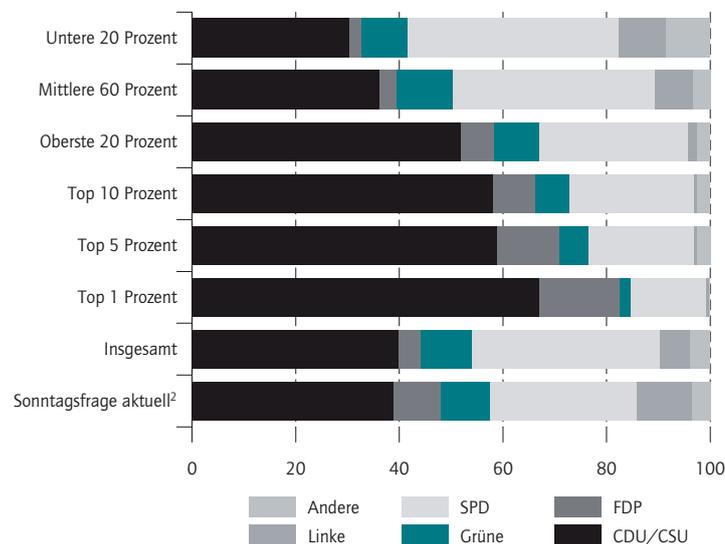
9 Bach, S., Haan, P., Ochmann, R. (2013): Reformvorschläge zur Einkommensteuer: Mehr echte und weniger kalte Progression. DIW Wochenbericht Nr. 30/2013. Vgl. dazu auch Peichl, A., Pestel, N., Sieglöck, S., Sommer, E. (2013): Bundestagswahlkampf 2013: Klientelpolitik durch Steuerreform? IZA Standpunkte Nr. 59.

10 Die hier vorgestellten Analysen lassen keine kausalen Aussagen in dem Sinne zu, dass die Bürger ihre Parteipräferenz an den aktuellen Steuerplänen der Parteien ausrichten. Ebenso kann auch keine umgekehrte Kausalität belegt werden, dass Parteien ihre Steuerpläne entsprechend ihrer Klientel formulieren.

11 Kroh, M., Schupp, J. (2011): Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zur Volkspartei? Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 12/2011; Peichl, A. et al. (2013), a.a.O.

Abbildung 3

Parteibindung nach Höhe des individuellen Nettovermögens¹ 2007
In Prozent



1 Personen ab 18 Jahre mit deutscher Nationalität.

2 Durchschnitt zwischen Infratest dimap und Forschungsgruppe Wahlen, Jahresmitte.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel SOEPv28.1; Infratest dimap; Forschungsgruppe Wahlen; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Parteibindung an die Regierungsparteien ist bei den Wohlhabenden noch ausgeprägter.

Grünen post-materialistische und altruistische Wertvorstellungen eine größere Bedeutung haben als bei den traditionellen bürgerlichen Parteien, was für höhere Präferenzen zu staatlicher Umverteilung und öffentlichen Leistungen spricht. Ferner zeigen Analysen auf Grundlage des SOEP, dass die Anhänger der Grünen sich weniger Sorgen um die wirtschaftliche Lage machen als andere Parteianhänger.¹² Dies könnte mit geringeren Bedenken gegenüber möglichen negativen Wirkungen von Reichensteuern auf die wirtschaftliche Entwicklung einhergehen.

**Parteibindung nach Vermögen:
Zusammenhang noch stärker als beim
Einkommen**

Der Zusammenhang zwischen Parteibindung und individueller Vermögenssituation kann hier nur für das Jahr 2007 dargestellt werden, da zu diesem Zeitpunkt letztmalig aufbereitete Vermögensinformationen im SOEP zur Verfügung stehen. Entsprechend verschiebt sich insgesamt die Parteipräferenz zugunsten der Union

¹² Kroh, M., Schupp, J. (2011), a.a.O., 9.

und der SPD, die zu dem damaligen Zeitpunkt eine etwas höhere Anhängerschaft hatten als in den Jahren danach. Im Gegensatz dazu war die Beliebtheit der FDP und der Grünen etwas geringer. Im Vergleich zur Sonntagsfrage Mitte 2007 weicht der Anteil der Anhängerschaft für die FDP, die SPD und die Linken besonders ab. Während bei der FDP und der Linken der Anteil der Anhängerschaft nach Angaben des SOEP nur halb so hoch ausfällt, ist die Parteibindung unter den SPD-Wählern größer, als die Sonntagsfrage vermuten ließe.¹³

Ähnlich wie bei den Einkommen zeigt sich, dass mit steigendem Vermögen auch die Neigung zur Union zunimmt (Abbildung 3 und Tabelle 2). Im Vergleich zur Einkommenslage ist dieser Effekt bei den individuellen Vermögen aber noch deutlicher ausgeprägt. Während in der Mitte der Vermögensverteilung (mittlere 60 Prozent) etwas mehr als 36 Prozent zur Union tendieren, steigt die Anhängerschaft bis zum obersten Prozent auf 67 Prozent. Dieser Befund hat auch mit der Altersstruktur der Anhänger der Union zu tun, da mit steigendem Lebensalter gewöhnlich auch das Nettovermögen zunimmt und gleichzeitig eher konservativ gewählt wird.

Zeigt sich bei der FDP eine ausgeprägte Konzentration der Anhänger auf das oberste Prozent der Einkommenshierarchie, so fällt dieses Ergebnis bei den individuellen Vermögen etwas schwächer aus. Dennoch gilt auch hier der Zusammenhang, dass mit steigenden individuellen Vermögen die Anhängerschaft der FDP zunimmt. Während bei den Parteianhängern im untersten Quintil der Vermögensverteilung sich weniger als drei Prozent der Anhänger der FDP finden, verdoppelt sich der Wert bereits bei den mittleren Vermögensgruppen, um beim obersten Prozent der Vermögenden einen Anteil von knapp 16 Prozent zu erreichen. Damit hat die FDP mehrheitlich ihre Anhängerschaft bei dem wohlhabenden Teil der Bevölkerung, während bei der Union immerhin auch 30 Prozent der Anhänger im untersten Vermögensquintil sind.

Bei der SPD, der Linken und den sonstigen Parteien zeigt sich wie beim Einkommen der Effekt, dass mit steigendem Vermögen die Anhängerschaft dieser Parteien sukzessive abnimmt. Der jeweils höchste Anteil ihrer Anhänger findet sich beim untersten Quintil der Vermögensverteilung. Bei der SPD macht dieser Wert knapp 41 Prozent aus, die Linke kommt auf einen Anteil von rund neun Prozent für diese Vermögensgruppe. Bei den sonstigen Parteien liegt der entsprechen-

¹³ Die Sonntagsfrage bezieht sich auf den Zeitpunkt Anfang Juli 2007, während der hier analysierte Erhebungszeitraum im SOEP sich überwiegend auf das erste Halbjahr des Jahres 2007 erstreckt. Hieraus können Unterschiede zwischen Parteibindung und potentieller Wahlentscheidung entstehen.

Tabelle 2

Parteibindung nach Höhe des individuellen Nettovermögens 2007

Struktur in Prozent

Vermögensgruppe ¹	CDU/CSU	FDP	Grüne	SPD	Linke	Andere	Insgesamt
Anteile in Prozent							
Untere 20 Prozent	30,4	2,4	8,8	40,8	9,1	8,4	100,0
Mittlere 60 Prozent	36,2	3,4	10,8	39,1	7,2	3,4	100,0
Oberste 20 Prozent	52,0	6,5	8,5	28,8	1,8	2,5	100,0
Top 10 Prozent	58,2	8,1	6,5	24,2	0,6	2,4	100,0
Top 5 Prozent	59,0	11,9	5,6	20,6	0,4	2,6	100,0
Top 1 Prozent	67,0	15,7	2,0	14,6	0,6	0,2	100,0
Insgesamt	39,9	4,2	9,9	36,4	5,9	3,8	100,0
<i>Nachrichtlich:</i>							
Sonntagsfrage ²	39,0	9,0	9,5	28,5	10,5	3,5	100,0
Standardfehler							
Untere 20 Prozent	1,9	0,6	1,2	2,3	1,2	8,4	-
Mittlere 60 Prozent	0,8	0,4	0,6	1,0	0,5	0,4	-
Oberste 20 Prozent	1,5	0,7	0,8	1,3	0,4	0,4	-
Top 10 Prozent	1,9	1,2	1,1	1,8	0,2	0,6	-
Top 5 Prozent	2,5	2,0	1,0	2,0	0,2	0,9	-
Top 1 Prozent	4,6	3,7	0,8	2,9	0,6	0,1	-
Insgesamt	0,7	0,3	0,4	0,9	0,3	0,3	-

1 Individuelles Nettovermögen. Personen ab 18 Jahren mit deutscher Nationalität.

2 Durchschnitt zwischen Infratest dimap und Forschungsgruppe Wahlen, Jahresmitte.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel SOEPv28.1; Infratest dimap; Forschungsgruppe Wahlen; Berechnungen des DIW Berlin.

Die Parteibindung an die Linke ist bei den Wohlhabenden verschwindend gering.

de Wert bei etwa acht Prozent. Während bei der Linken im obersten Dezil der Vermögensverteilung kaum noch Anhänger dieser Partei zu finden sind, sind bei den Parteianhängern im obersten Vermögensdezil immerhin knapp ein Fünftel Anhänger der SPD.

Bei der Einkommensschichtung fand sich der überwiegende Teil der Anhänger der Grünen in der oberen Hälfte der Verteilung. Bei den individuellen Vermögen ist die Anhängerschaft der Grünen aber deutlich gleichmäßiger verteilt, was vermutlich auch auf die Altersstruktur zurückzuführen ist. Sowohl im unteren als auch im oberen Quintil der Vermögensverteilung finden sich knapp neun Prozent Anhänger der Grünen. Im mittleren Bereich der Vermögensverteilung steigt dieser Anteil auf knapp elf Prozent.

Im Hinblick auf die von den Grünen vorgeschlagene Vermögensabgabe und die von der SPD ins Spiel gebrachte Wiedererhebung der Vermögensteuer zeigt sich, dass die weit überwiegende Mehrheit der Anhänger der beiden Parteien nicht von solchen steuerlichen Belastungen betroffen wäre. Da die Vermögensteuern erst bei hohem Vermögen erhoben werden sollen – vorgeschlagen werden persönliche Freibeträge von einer Million Euro und mehr – wären allenfalls das reichste eine Prozent der Bevölkerung steuerpflichtig. Bei deut-

lich niedrigeren Freibeträgen wären allerdings größere Teile des obersten Vermögensdezils betroffen.¹⁴ Von der Anhängerschaft der Parteien, die die Vermögen stärker besteuern wollen, finden sich nur etwa fünf Prozent im Bereich der obersten fünf Prozent der Vermögensverteilung. Anders verhält es sich vor allem bei den Anhängern der Union, denn innerhalb der Anhängerschaft der Union sind immerhin zwölf Prozent den oberen fünf Prozent der Vermögensverteilung zuzuordnen und von den Anhängern der FDP sogar knapp ein Viertel.

Fazit

Analysen zum statistischen Zusammenhang zwischen Parteineigung und Einkommen sowie Vermögen auf Grundlage des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zeigen: Besserverdiener und Wohlhabende neigen den bürgerlichen Parteien zu, aber auch den Grünen.

Mit zunehmenden Einkommen steigt die Anhängerschaft der bürgerlichen Parteien, vor allem bei der FDP. Union und FDP haben im obersten Dezil der Einkom-

14 Bach, S. (2012): Vermögensabgaben – ein Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen in Europa. DIW Wochenbericht Nr. 28/2012; Bach, S., Beznoska, M. (2012): Vermögensteuer: Erhebliches Aufkommenspotential trotz erwartbarer Ausweichreaktionen. DIW Wochenbericht Nr. 42/2012.

mensverteilung mit 55 Prozent eine klare Mehrheit bei den Parteianhängern. Im obersten Prozent der Einkommenshierarchie haben sie sogar eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Aber auch die Grünen können im oberen Bereich der Einkommensverteilung deutlich höhere Anteile bei der Anhängerschaft auf sich vereinigen als in den mittleren und unteren Einkommensgruppen (17 Prozent im obersten Dezil und 14 Prozent beim obersten einen Prozent). Ein umgekehrtes Bild zeigt sich bei der SPD und vor allem bei der Linken. Hier gilt, je niedriger die Einkommenslage ausfällt, desto größer ist die Anhängerschaft bei diesen beiden Parteien (im untersten Quintil der Einkommensverteilung neigen 34 Prozent der Parteigebundenen der SPD und 13 Prozent der Linken zu).

In den oberen Vermögensklassen ist die Dominanz der bürgerlichen Parteien noch ausgeprägter. Die Unionsparteien haben hier sehr hohe Anteile, während die Anhängerschaft der FDP in den obersten Gruppen nicht so präsent ist wie beim Einkommen. Auch die Anhänger der Grünen sind bei den hohen Vermögen gut vertreten, während die SPD und vor allem die Linke deutlich abfallen.

Angesichts dieser Zusammenhänge ist es nicht überraschend, dass die bürgerlichen Parteien höhere Reichensteuern ablehnen, während die Parteien des eher linken politischen Spektrums sie fordern. Eine Sonder-

stellung nehmen Bündnis90/Die Grünen ein, bei denen auch ein nennenswerter Anteil von etwa zehn Prozent der eigenen Anhängerschaft von den vorgeschlagenen Steuerplänen betroffen wäre. Ob unter den Anhängern der Grünen altruistische Ideale eine größere Rolle spielen oder mögliche negative Auswirkungen der diskutierten Steuererhöhungen weniger wahrgenommen werden, kann nur vermutet werden.

Insgesamt werden die vorliegenden Reichensteuer-Pläne der Oppositionsparteien nur die wohlhabendsten fünf Prozent der Bevölkerung nennenswert belasten.¹⁵ Unabhängig von den Chancen einer Umsetzung steigender Steuern auf höhere Einkommen und Vermögen zeigen Studien, dass die Bevölkerung zu Fragen der Einkommens- und Steuergerechtigkeit in allen Schichten egalitärer denkt, als in der öffentlichen Meinung oder der Politik angenommen wird.¹⁶ Eine andere Frage ist, wie dann konkrete Steuerreformvorschläge wahrgenommen werden.

¹⁵ Bach, Haan, Ochmann (2013), a.a.O.; Bach, Beznoska (2012), a.a.O.

¹⁶ So geben etwa drei Viertel der Bevölkerung an, dass ein Manager im Vorstand eines großen Unternehmens im Vergleich zu anderen Gruppen zu wenig an Steuern zahlt. Vgl. Schupp, J., Wagner, G.G. (2005): Gerechtigkeit der Einkommensbesteuerung aus Sicht der Bürger. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 29/2005.

Stefan Bach ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Staat am DIW Berlin | sbach@diw.de

Markus M. Grabka ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | mgrabka@diw.de

PARTY IDENTIFICATION: AFFLUENT VOTERS SUPPORT CDU/CSU AND FDP—AND THE GREENS

Abstract: Using data from the Socio-Economic Panel Study (SOEP), it is possible to analyze the statistical correlation between an individual's political party identification and their income and wealth. The analysis indicates that higher earners and more affluent individuals tend to support the Christian Democratic Union of Germany/Christian Social Union of Bavaria (CDU/CSU) and the Free Democratic Party (FDP), but an above average number also identify with the Greens. The situation is the reverse for the Social Democratic Party of Germany (SPD) and, particularly, for the Left Party (Die Linke). The lower the income and individual's net wealth, the more pronounced their support for both of these political parties.

Tax policy proposals by the various political parties are at the heart of the current national election campaign and reveal major differences between the parties. The center-right parties reject tax increases for the rich while the parties to the left of the political spectrum are in favor of such a step. Supporters of the Greens (Bündnis90/Die Grünen) occupy a special position as a considerable share of these would be personally affected by the proposed tax plans. The current "wealth tax" plans proposed by the opposition parties will, however, only have a significant impact on the most affluent five percent of the population.

JEL: P16, D31, Z13

Keywords: Party identification, distribution of income and wealth



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
80. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. WolfPeter Schill

Lektorat

Dr. Guido Baldi
Prof. Dr. Pio Baake

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.